

nen verschiedentlich festgestellt wurde. Immer mehr Schulabgänger und Ausgelernte bzw. Absolventen von Hoch- und Fachschulen finden keine Beschäftigung. Aufgrund der bestehenden Regelungen in den einzelnen imperialistischen Ländern erhalten die meisten von ihnen keine Arbeitslosenunterstützung. Sie hätten ja, wie es heißt, noch nicht gearbeitet und seien deshalb „nicht anspruchsberechtigt“.

Wie Genosse Erich Honecker auf der 10. Tagung des ZK der SED feststellte, beschreibt „neue Armut“ nicht nur „das bittere Schicksal von Invaliden, von Rentnern oder von ausländischen Arbeitskräften. Das Gebrechen „neue Armut“ im Kapitalismus erfaßt heute Teile des Kerns der Arbeiterklasse, von den Folgen der Strukturkrisen betroffene hochqualifizierte Stahlarbeiter, Schiffbauer, Bauarbeiter. Das sind Millionen und aber Millionen junge Menschen, die von der Schulbank, nach der Lehre oder aus dem Hörsaal von Hoch- und Fachschulen ins gesellschaftliche Abseits entlassen werden.“

Die „neue Armut“ demonstriert die soziale Unsicherheit der Werktätigen in der Welt des Kapitals. Sie dient gleichzeitig den Monopolen als Waffe, um diese Unsicherheit zu erhöhen.

Monopole und Staat in den imperialistischen Ländern verfolgen eine langfristig angelegte Strategie, die darauf abzielt, das Nationaleinkommen zu Lasten der Werktätigen umzuverteilen und in vielen Jahrzehnten von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften erkämpfte soziale Schutzrechte zu beschneiden bzw. zu beseitigen. Die Ausbeutung soll weiter verschärft, die Reallöhne sollen reduziert werden. Der Kündigungsschutz wird durchlöchert. „Neue Armut“ soll dabei als Erpressungsfaktor gegen die Werktätigen ausgenutzt werden. Am offensten hat darüber der Präsident der BRD-Unternehmerverbände, Otto Esser, gesprochen: Die Arbeitslosen sollten bei allen



„Hier zu trennen ist schon richtig. Wie decken wir aber nun den Hintergrund ab?“

Zeichnung: Gerd Sadzinski

Lohn- und Tarifverhandlungen mit am Tisch sitzen.

Beim Generalangriff auf die sozialen Rechte und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten in Westeuropa stehen antigewerkschaftliche, sozialreaktionäre Praktiken von USA-Administration und -Monopolen Pate. So heißt es in der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der Spruch „Niemand will mehr dienen“ gelte in den USA nicht. Ein großer Teil der Jobs laufe dort auf Stunden- oder Tagesbasis, die Teilzeitarbeit ist weitverbreitet. Sofortige Kündigung werde nicht als soziale Härte empfunden. Es gäbe in den USA ein weites Feld „des Übergangs, in dem die Arbeitnehmer verminderte Schutzrechte, geringere Löhne, aber immerhin Arbeit haben.

Medien, Monopole und konservative Politiker in der BRD stellen diese reaktionären Zustände als erstrebenswertes Ziel auch für die Arbeiter dieses Landes hin. Schrittweise soll es im Zuge des Generalangriffs auf Arbeiter und Angestellte und ihre Gewerkschaften erreicht werden.

Tatsächlich trat in der BRD, und zwar ausgerechnet zum 1. Mai 1985, das sogenannte „Beschäftigungsförderungsgesetz“ in Kraft. Dieses Gesetz schränkt den Kün-

digungsschutz ein, denn es macht befristete Arbeitsverträge, die früher die Ausnahme waren und jeweils begründet werden mußten, immer mehr zum Regelfall. Schon jetzt zeigt sich, daß die Konzernleitungen bei Neueinstellungen zunehmend von der Möglichkeit Gebrauch machen, Arbeitsverträge befristet abzuschließen. Das hat zur Folge, daß in den Betrieben der Konkurrenzkampf um das „Traumziel eines unbefristeten Arbeitsplatzes“ angeheizt wird.

Eine zweite Methode des Angriffs auf die sozialen Rechte der Arbeiterklasse ist die im BRD-„Beschäftigungsförderungsgesetz“ legalisierte und verfeinerte Praxis der Teilzeitarbeit. Sie wird in zwei Varianten geübt: einmal durch „Arbeit auf Abruf“ und zum anderen durch „Arbeitsplatzteilung“.

Aber weder das eine noch das andere bringt neue Arbeitsplätze. Das Gegenteil ist der Fall. Wie die gesellschaftliche Praxis der BRD inzwischen beweist, nutzen die Unternehmer diese ihnen durch das Gesetz erlaubten Formen der Beschäftigung zum weiteren Abbau von Stamarbeitsplätzen. Außerdem sichern sie sich damit bei zeitweilig günstiger Auftragslage die erforderlichen Arbeitskräfte, ohne mit ih-